



An den Grossen Rat

14.5134.02

WSU/P145134

Basel, 8. Juni 2016

Regierungsratsbeschluss vom 7. Juni 2016

Anzug Nora Bertschi und Konsorten betreffend Bio-Klappen

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 21. Mai 2014 den nachstehenden Anzug Nora Bertschi und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Wie der Kanton Basel-Stadt am 18. März 2013 an einer Medienorientierung mitteilte, wird innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahren die gesamte Abfallentsorgung der Stadt radikal umgestellt. In Zukunft sollen die Baslerinnen und Basler ihren Haushaltsabfall in unterirdischen Containern entsorgen - und nicht mehr vor die Haustüre stellen. Dazu sollen über 600 Unterflur-Container in der Stadt verteilt werden. Die Einführung der Container ist Teil eines Massnahmenpaketes, das die Sauberkeit in Basel verbessern will und die Abfallmenge verringern soll.

In diesem Zusammenhang gilt es zu berücksichtigen, dass dem Kanton bislang eine flächendeckende Grünabfuhr fehlt. Damit befindet sich in einem Bebbi-Sack durchschnittlich bis zu 40% Bioabfall. Am 4. März 2013 startete das Amt für Umwelt und Energie zusammen mit dem Tiefbauamt und der Stadtgärtnerei den Pilotversuch mit Bio-Klappen. Die Benutzung ist allerdings relativ aufwändig und kostet erst noch etwas: An acht Standorten können gegen Gebühr Küchenabfälle entsorgt werden. Die für den Einwurf notwendigen Chipkarten und Abfallbeutel müssen an speziellen Verkaufsstellen bezogen werden. Damit kostet die Entsorgung von Bioabfall beinahe gleich viel wie die Entsorgung mittels Bebbi-Sack. Nach Auswertung des knapp einjährigen Pilotversuches wurde nun die Entsorgung von Bioabfall in Bio-Klappen in einen definitiven Betrieb überführt. Ein Ausbau der bisherigen acht Standorte ist geplant, sobald die technische Zuverlässigkeit der Bio-Klappen besser wird.

Gemäss einer Umfrage mit der Bevölkerung entspricht die Kompostierung einem dringenden Bedürfnis. Sie ist, sofern sinnvoll ausgestaltet, umweltverträglich und trägt zur Verringerung von Kehrrichtabfall bei. Damit das Angebot auch breit genutzt wird, muss es möglichst unkompliziert ausgestaltet sein. Wichtig wäre, dass der Kompost in Zukunft zusammen mit dem Kehrrichtabfall in Bebbi-Säcken entsorgt werden kann. Die Regierung wird daher beauftragt,

1. Beim Ausbau der Bio-Klappen darauf zu achten, dass die Ökobilanz bei der Grünabfallentsorgung positiv ausfällt.
2. Den Ausbau der Bio-Klappen und Unterflur-Container für Bebbi-Säcke parallel zu planen, so dass an den geplanten Standorten für die Unterflur-Container auch Bio-Klappen installiert werden.
3. Die Benutzung der Bio-Klappen möglichst einfach auszugestalten, indem beispielsweise Abfallbeutel für Bioabfall an den Verkaufsstellen für Bebbi-Säcke erhältlich sind.

Nora Bertschi, Joël Thüring, Helen Schai-Zigerlig, Elias Schäfer, Brigitta Gerber, Anita Lachenmeier-Thüring, Rudolf Rechsteiner“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Der vorliegende Anzug verlangt einen Ausbau der sogenannten Bioklappen in Verbindung mit den damals geplanten Unterflurcontainern (UFC), die flächendeckend in der Stadt eingeführt werden sollten. Zudem solle die Ökobilanz der Grünabfallentsorgung positiv ausfallen und die Benutzung solle möglichst einfach sein.

Unterdessen wurde die flächendeckende Umstellung auf UFC von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern von Basel-Stadt in der Referendumsabstimmung vom 14. Juni 2015 mit fast 70% deutlich abgelehnt. Bei der Beratung dieses Geschäfts in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates (UVEK) wurde die Frage der Entsorgung der Bioabfälle aufgenommen. Als Möglichkeit wurde die Integration von Bioklappen in das geplante UFC-System mit über 600 Standorten erwogen. Aufgrund der hohen Kosten beschränkte sich die UVEK allerdings auf die Forderung, Bioabfall-Sammlungen bei den bestehenden Wertstoffsammelstellen (WSS) zu integrieren. Eine UFC-Bioklappe würde Investitionskosten von rund 40'000 Franken auslösen. Mit den 54 WSS-Standorten würden sich somit Investitionskosten von rund 2.2 Millionen Franken für die Stadt Basel ergeben.

Aktuell gibt es in Basel eine Grüngutabfuhr auf Bestellung sowie in einzelnen Quartieren auch regelmässig. Damit werden pro Jahr rund 900 Tonnen Grüngut aus Gärten gesammelt und kompostiert. Zudem sind in der Stadt Basel acht Bioklappen installiert. In diesen werden jährlich rund 50 Tonnen Rüst- und Speiseabfälle aus privaten Haushalten gesammelt und in die Biogasanlage in Pratteln gebracht. Die 950 Tonnen an biogenen Abfällen, die zurzeit in Basel jährlich gesammelt und verwertet werden, sind allerdings nur ein kleiner Teil der potenziellen Menge.

Seit 1. Januar 2016 gilt eine neue Abfallverordnung in der Schweiz. Die sogenannte Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) enthält verbindliche, für den Schutz der Umwelt und zum Ressourcenschutz relevante Standards für die Entsorgung von biogenen Abfällen. Gemäss der VVEA sind biogene Abfälle prioritär stofflich durch Kompostierung und Vergären zu verwerten, sofern sie sich aufgrund ihrer Eigenschaften dafür eignen und separat gesammelt wurden. Durch die neuen Regelungen werden Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit bei der Entsorgung von biogenen Abfällen gefördert, Nutzungspotenziale optimiert und Nährstoffe, Bodenverbesserer und erneuerbare Energie gewonnen.

Die Entsorgung von biogenen Abfällen in der Stadt Basel ist schon länger ein Wunsch, sowohl auf politischer Ebene, wie auch in der Bevölkerung. Der Regierungsrat hat bereits verschiedentlich Stellung zu diesem Thema genommen:

1. Anzug Christine Locher-Hoch und Konsorten betreffend Aktionsplan Biomasse
Schreiben des Regierungsrates Nr. 06.5041.03 vom 1. September 2010; erledigt abgeschrieben mit Beschluss des Grossen Rates vom 17. November 2010
2. Interpellation Nr. 16 von Nora Bertschi betreffend Pilotversuch mit Bioklappen
Schreiben des Regierungsrates Nr. 13.5106.02 vom 27. März 2013
3. Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Einführung einer Bioabfall-Abfuhr und einer Energiegewinnung durch Vergärung
Schreiben des Regierungsrates Nr. 12.5246.02 vom 10. Dezember 2014, antragsgemäss stengelassen mit Beschluss des Grossen Rates vom 7. Januar 2015
4. Petition Nr. 332 Für eine wöchentliche Abfuhr von Bioabfällen (Küchenabfällen)
Schreiben der Petitionskommission Nr. 14.5650.02 vom 26. Mai 2015.

Mit der Beantwortung des Anzugs Christine Locher-Hoch wurde der Pilotversuch mit acht Bioklappen lanciert und ab 2014 in einen dauerhaften Betrieb überführt. Der Anzug Emmanuel Ull-

mann wurde stehen gelassen, da noch einige Punkte ungelöst waren, wie zum Beispiel die Wirtschaftlichkeit oder finanzielle Anreize, die das im Umweltschutzgesetz vorgegebene Verursacherprinzip nicht verletzen. Der Regierungsrat stellte in seinem damaligen Schreiben vom 10. Dezember 2014 für die Entsorgung von Bioabfällen eine separate Vorlage an den Grossen Rat in Aussicht.

2. Prüfung von Lösungsansätzen

Politisch wie auch juristisch ist es unbestritten, dass eine Lösung für die Entsorgung der Bioabfälle gefunden werden muss. Um ein zukünftiges realistisches Mengenpotenzial abschätzen und verschiedene Varianten für die Sammlung vergleichen zu können, wurde 2015 eine Studie „Biomasse in Basel“ in Auftrag gegeben.

In der Studie wurde unterschieden zwischen Bring- oder Holsammlung und der Verwertungsmöglichkeiten von Bioabfall (Kompostierung oder Vergärung), unter Berücksichtigung, dass aus hygienischen Gründen bei der Verwertung von Speiseabfällen nur die Vergärung zulässig ist. Aus rechtlicher Sicht muss die Finanzierung der kommunalen Abfallwirtschaft kostendeckend und verursachergerecht sein (Art. 32a Umweltschutzgesetz), was aufgrund der Kosten der Bioabfallsammlung auf eine Grüngutgebühr herausläuft.

Aufgrund von Erfahrungen aus anderen Städten und Gemeinden wird für Basel eine gebührenfinanzierte Sammelmenge zwischen 4'500 und 7'000 Tonnen angenommen, wobei ca. 70 % davon Grünabfälle sind. Die Abnahmekapazität dieser prognostizierten Biomassenmenge sollte im Raum Basel vorhanden sein, wobei die Vergärungsanlage in Pratteln sich heute an der Kapazitätsgrenze befindet. Daher ist mit längeren Transportfahrten in eine entsprechende Anlage zu rechnen.

Folgende drei Hauptvarianten zur Sammlung der Biomasse wurden geprüft:

- Variante 0: Ausbau der Grüngutabfuhr plus 54 UFC-Bioklappen an den Wertstoffsammelstellen (WSS),
- Variante 1: Separate Bioabfallsammeltour mit Rollcontainern, flächendeckend,
- Variante 2: 54 UFC-Bioklappen an den WSS und Grüngutabfuhr wie bisher.

Die drei Varianten wurden neben Sammelmengen und Kosten auch qualitativ (Komfort, Akzeptanz, Emissionen, Sauberkeit usw.) geprüft.

Unter den definierten Annahmen wurden folgende jährliche Sammelmengen ermittelt:

- Variante 0 (Ausbau Grüngutabfuhr und UFC-Bioklappen): rund 5'500 Tonnen. Davon aus Bioklappen 540 Tonnen.
- Variante 1 (Bioabfuhr mit Rollcontainer): rund 7'200 Tonnen.
- Variante 2 (UFC-Bioklappen): rund 2'000 Tonnen. Davon aus UFC-Bioklappen 1'100 Tonnen.

Bei der qualitativen Beurteilung (Komfort, Akzeptanz, Emissionen, Sauberkeit usw.) werden die Varianten 0 und 1 besser als die Variante 2 eingestuft.

Bei den Investitions- und Unterhaltskosten werden die Variante 0 und Variante 1 30 Prozent bzw. 70 Prozent teurer als die Variante 2 eingestuft.

Bei den Kosten für die Sammlung und Verwertung pro Tonne Biomasse kommt die Variante 1 auf rund 530 Franken, die Variante 0 auf 620 Franken und die Variante 2 auf 650 Franken.

3. Schlussfolgerung

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Stossrichtung der separaten Entsorgung von Bioabfällen und Grüngut in der Stadt Basel. Auch die seit 1. Januar 2016 schweizweit gültige Abfallverordnung (VVEA) priorisiert die stoffliche Verwertung vor der energetischen Verwertung (Verbrennung). Die bisher erarbeiteten Fakten zeigen aber, dass die Einführung eines flächendeckenden Systems für die Sammlung, den Transport und die Verarbeitung von Bioabfällen in Basel eine grosse Herausforderung ist.

Die Untersuchungen der Studie „Biomasse in Basel, 2015“ zeigen für eine rasche, flächendeckende Umsetzung keine befriedigende Lösung. Für die Variante 1 mit separater Sammeltour für Bioabfälle mittels Rollcontainern besteht das Problem, dass wegen des Vorgartenschutzes bei vielen Liegenschaften keine Rollcontainer platziert werden können. Mit der Sammlung der Bioabfälle bei den vorhandenen 54 WSS (Variante 2) mittels UFC und gleichbleibender Grüngutabfuhr können die potenziellen Mengen an Bioabfällen nicht erreicht werden. Lediglich mit der Variante 0 (Ausbau der Grüngutabfuhr und Installation von 54 UFC-Bioklappen) kann eine teilweise befriedigende Verbesserung erreicht werden.

Gemäss Studie betragen die Gesamtkosten für Sammlung und Entsorgung je nach Variante 530 bis 650 Franken pro Tonne. Diese Kosten stehen den heutigen Kosten für die Sammlung und Entsorgung via Bebby-Sack von rund 320 Franken pro Tonne gegenüber.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die angedachten und untersuchten Lösungen für die Entsorgung der Bioabfälle in Basel nicht zu überzeugen vermögen. Dennoch möchte der Regierungsrat weiterhin an einer sinnvollen und kundenfreundlichen Lösung für die stoffliche Verwertung von Bioabfällen in dieser Stadt arbeiten. Dazu müssen weitere Optionen innerhalb einer Gesamtstrategie für die Entsorgung der Abfälle in der Stadt Basel geprüft und erarbeitet werden. Bis Ende 2016 soll ein solches ganzheitliches Abfallverwertungs- und Entsorgungskonzept vorliegen, das auch die stoffliche Verwertung von Bioabfällen, aber auch von anderen wiederverwertbaren Materialien beinhaltet, um der neuen schweizerischen Abfallverordnung gerecht zu werden.

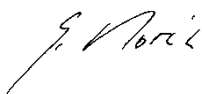
4. Weiteres Vorgehen

Die zuständigen Dienststellen im Kanton haben bereits begonnen, eine Gesamtstrategie für die Abfallentsorgung in Basel zu erarbeiten, mit dem Ziel, für die Abfallentsorgung in der Stadt Basel zukünftig eine kundenfreundliche Gesamtlösung vorzugeben, die der neuen Abfallverordnung wie auch den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohnern Rechnung trägt. Die Strategie mit der Umsetzungsplanung (inkl. Kosten und Ressourcenbedarf) soll als Ratschlag bis Anfang 2017 dem Grossen Rat vorgelegt werden.

5. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Nora Bertschi und Konsorten betreffend „Bio-Klappen“ stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin